



20. Wahlperiode

7/12/20

Drucksache 20/
4229

07.12.2020 / Wa.

HESSISCHER LANDTAG

PL

→ INA

Antrag Fraktion der Freien Demokraten

Dank und Anerkennung für den Polizeieinsatz im Dannenröder Forst

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Polizeieinsatz im Herrenwald, im Maulbacher Forst und im Dannenröder Forst wichtig und erforderlich war, um den Rechtsstaat durchzusetzen und den vom Landtag sowie dem Bundestag beschlossenen Weiterbau der A 49 zu ermöglichen. Der Landtag dankt in diesen Tagen den Polizeibeamtinnen und -beamten, die vor Ort im Einsatz waren und zollt ihnen großen Respekt und Anerkennung für den mit großer Sorgfalt und hoher Professionalität ausgeführten Einsatz, der immer noch weitergeht. Dieser Dank gilt auch der Unterstützungsleistung durch Beamtinnen und Beamte aus den anderen Bundesländern und der Bundespolizei.
2. Der Landtag verurteilt die Vielzahl von Rechtsverstößen und Straftaten durch die Autobahngegner sowie die Waldbesetzer aufs Schärfste. In einer Demokratie und in einem Rechtsstaat sind rechtsstaatliche Entscheidungen zu akzeptieren, auch wenn man sie nicht befürwortet. Es handelt sich in diesen Fällen um Straftäter mit teilweise extremistischem Hintergrund, deren Handlungen nicht akzeptiert und konsequent verfolgt und geahndet werden müssen. Der Beschuss von Einsatzkräften mit Feuerwerkskörpern, körperliche Angriffe, Beleidigungen und das Werfen von Steinen und, besonders entwürdigend, das Werfen mit Fäkalien sind kein friedlicher Protest.
3. Der Landtag fordert alle Autobahngegner erneut auf, ihren Protest gegen den Lückenschluss der A 49 im weiteren Verlauf der Baumaßnahme auf einen gewaltfreien und friedlichen Rahmen zu beschränken. Er gibt der Polizei schon jetzt volle Rückendeckung für den weiteren Einsatz bis zum Abschluss des Baus der A49.
4. Der Landtag stellt fest, dass der Einsatz im Dannenröder Forst, die Durchführung des Castor-Transports sowie die gleichzeitig durch die Corona-Pandemie zusätzlichen Belastungen für die Polizei in Hessen eine besondere Ausnahmebelastung bedeutet hat. Deswegen wird die Landesregierung aufgefordert, den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten schnellstmöglich eine Corona-Sonderprämie in Höhe von 300 Euro auszus zahlen. Diese Prämie soll neben der ausgesprochenen Anerkennung auch eine finanzielle Würdigung der besonderen Belastungen der Polizeibeamtinnen und -beamten darstellen und den außergewöhnlichen Einsatz unterstreichen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zu prüfen, in welcher Form generell die Möglichkeit einer Zulage für besondere polizeiliche Einsätze geschaffen werden kann. Damit sollen künftig besondere Leistungen im Rahmen von geschlossenen Einsätzen Berücksichtigung finden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Dezember 2020

Der Fraktionsvorsitzende:



René Rock